

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montage nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Vorkauf sind keine Nachzahlungen erforderlich. Unter Freihand bezogen für Preussisch, Sächsisch, Bayerisch und Württemberg sowie die früheren deutschen Gebiete Preussens und Bayerns M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6

Die neuangelegte Konvokationsliste über deren Raum kostet 5.— M., einschließlich Postgebühren. Kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Ankerzeichen. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Briefwechsel 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Vorläufiges Ergebnis der Wahlen

## Wahrscheinliche bürgerliche Mehrheit von 2 bis 3 Sitzen

### Welches ist die stärkste Partei?

Ueber das Gesamtergebnis wird von bürgerlicher Seite folgende Meldung ausgegeben: Abgegeben waren insgesamt 1 653 637 Stimmen, davon entfielen auf

Unabhängige	618 206
Rechtssozialisten	339 947
Kommunisten	157 013
Demokraten	122 673
Deutsche Volkspartei	255 266
Deutschnationale	299 880
Wirtschaftspartei	83 531
Zentrum	61 259
Deutsches Soziales	12 588

Mit diesen Berechnungen stimmt die des „Vorwärts“ annähernd überein. Auch er berechnet einen Vorsprung der Rechtssozialisten gegenüber den Unabhängigen und ein Gesamtergebnis, bei dem die Bürgerlichen etwa 15 000 Stimmen mehr haben als die drei sozialistischen Parteien zusammen.

Nach unseren Berechnungen dagegen ergibt sich folgendes vorläufiges Gesamtbild:

U. S. P. D.	329 823
S. P. D.	316 962
R. P. D.	158 927
Sozialistische Parteien: 805 712	
Demokraten	113 654
Deutsche Volkspartei	226 771
Deutschnationale	313 461
Wirtschaftliche Vereinigung	102 984
Zentrum	59 581
Deutsches Soziales	12 747
Bürgerliche Parteien: 829 198	

Es ist im Augenblick nicht möglich, festzustellen, welche Bedeutung die zutreffendere ist. Fest steht aber jedenfalls, daß das Ergebnis, das wir in unserer Sonderausgabe für Klein-Berlin (Berw.-Bez. 1-6)

wiedergegeben haben, nur ganz unwesentlich von den Angaben anderer Stellen abweicht. Danach ist das Stimmenergebnis von Klein-Berlin (die eingeklammerten Zahlen sind die Zahlen der Landtagswahl vom Februar 1921):

Unabhängige Partei	198 854 Stimmen (197 031)
S. P. D.	183 906 Stimmen (221 014)
R. P. D.	95 641 Stimmen (112 259)
Soz. Parteien zus. 478 461 Stimmen (540 304)	
Demokraten	58 408 Stimmen (66 370)
Deutsche Volkspartei	110 865 Stimmen (120 338)
Deutschnat. Partei	153 125 Stimmen (168 135)
Wirtschaftl. Bergg.	42 396 Stimmen (45 000)
Zentrumspartei	32 329 Stimmen (40 000)
Deutsches Soziales	1 837 Stimmen (—)
Bürgerl. Part. zus. 309 066 Stimmen (439 843)	

Was sich in den ersten Morgenstunden vermuten ließ, ist zur Tatsache geworden. Die gestrigen Wahlen haben eine bürgerliche Mehrheit ergeben. Wie stark sie ist, steht noch nicht fest, Erheblich aber ist sie auf keinen Fall. Gegenüber der Landtagswahl des Februar 1921, die schon eine kleine bürgerliche Mehrheit in dem Gebiete der Einheitsgemeinde ergeben hatte, ist keine wesentliche Verschönerung zugunsten des Bürgertums eingetreten. Seine Mehrheit beträgt wahrscheinlich nur 20 bis 25 000 Stimmen, so daß alle Gruppen des Bürgertums zusammen nur etwa drei bis fünf Mandate mehr haben werden als die drei sozialistischen Parteien.

Dieses Ergebnis ist für die Berliner Arbeiterschaft kein Aufschub. Die vorliegenden Nachrichten lassen deutlich erkennen, daß, obwohl im allgemeinen die Wahlbeteiligung größer geworden ist, sie in einzelnen Arbeiterdistrikten sehr gering war und sogar noch geringer als bei früheren Wahlen. Das läßt erkennen, daß im Gegensatz zu dem Bürgertum die Arbeiterschaft die hohe Bedeutung der Wahl nicht erkannt hatte. Welche Kreise der Arbeiterschaft sich teilnahmslos geworden, weil sie in der bisherigen Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung keine mit allen Kräften zu verteidigende Ertragserschaft gesehen haben. Hier zeigt sich leider wieder einmal das für die Gesamtarbeiterbewegung traurige Ergebnis der Arbeit der Kommunisten. Sie hat es zustande gebracht, daß viele Arbeiter teilnahmslos wurden, andere zu den Deutschnationalen gegangen sind und daß in Spandau

die Partei des Knittelkumpfs fast doppelt so viel Stimmen aufgebracht hat als die kommunistische Partei. Wahrscheinlich eine bittere Lehre, die hoffentlich zur Einheit und Umkehr führt.

Riesenhaft waren die Anstrengungen des Bürgertums, mit allen Mitteln hat es seinen Erfolg zu fördern gewußt. Am besten haben die Strupellosesten Heher abgeschnitten. Ihnen, den Deutschnationalen ist nicht nur zuzustatten gekommen, daß der Ausbau der Einheitsgemeinde erst im Werden begriffen ist und die unvermeidlichen Schwierigkeiten von ihnen zu einer demagogischen Propaganda ausgenutzt werden konnten, sondern auch die Erregung über die Entscheidung des Völkerbundes wegen Oberschlesien.

Haben die Deutschnationalen zugenommen, so hat insbesondere die Deutsche Volkspartei abgenommen. Die Bewirkung ihres und der Demokraten Wunsch nach einer Arbeitsgemeinschaft der Mitte, zu der auch die Rechtssozialisten gehören würden, erscheint deshalb sehr wenig wahrscheinlich. Es ist unwahrscheinlich, daß eine solche Arbeitsgemeinschaft eine Mehrheit hat. Noch fraglicher natürlich, ob es die Rechtssozialisten wagen könnten, diesen Kampf gegen einen großen Teil der Arbeiterklasse mitzumachen. Nach den Auslassungen des „Vorwärts“ in der heutigen Sonderausgabe besteht dort eine solche Absicht nicht. Er erklärt vielmehr:

„Die sozialistischen Parteien werden aber immer noch stark genug sein, um ein Hinübergleiten der Kommunalpolitik in ein reaktionäres und kapitalistisches Fahrwasser zu verhindern zu können. Dazu wird es aber der vereinten Anstrengungen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen bedürfen, neuer Fäden zwischen den beiden Parteien würde den Stieg der Bürgerlichen vollständig machen.“

Wenn in der künftigen Stadtverordnetenversammlung die sozialistischen Parteien sachlich und ernst zusammen arbeiten, dann wird das Bürgertum seines Erfolges kaum sehr froh werden. Schon jetzt erklären Zentrum und Demokraten es für unmöglich, im Rathaus mit den Deutschnationalen zusammen zu arbeiten, so daß nun das Bürgertum, nachdem es

die Mehrheit hat, in der Ausübung dieser Mehrheit gehemmt ist.

Umstritten ist in diesem Augenblick auch noch, welche Partei im Rathaus künftig die stärkste sein wird. Nach den Berechnungen der Rechtssozialisten sind sie es, nach unseren Feststellungen die Unabhängige Partei. Gewißheit darüber läßt sich erst im Laufe des Tages bei genauer Nachprüfung der Einzelergebnisse erzielen. Fest steht jedenfalls, daß die Unabhängige Sozialdemokratie im alten Berlin wiederum, wie vor der Spaltung, die stärkste Partei ist und den Vorsprung, den die Rechtssozialisten bei der Landtagswahl gewonnen hat, eingeholt hat. Trotz Rückgang aller Parteien hat sie ihre Stimmengahl gegenüber der Landtagswahl im Februar 1921 um 1800 gesteigert. Ungünstig ist dagegen das Ergebnis für die Rechtssozialisten und die Kommunisten. Die rechtssozialistische Partei hat ihre Stimmengahl nicht zu halten vermocht, sie ist zurückgegangen von 221 000 auf 184 000, sie hätte also 37 000 Stimmen ein und vermochte nicht einmal die Stimmengahl von der letzten Reichstagswahl (1919) zu halten. Ebenso steht es bei den Kommunisten. Ihre Stimmengahl ging von 112 259 auf 95 641 zurück, verminderte sich also um fast 17 000 Stimmen. Die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen ist dadurch von 540 304 auf 478 461 zurückgegangen.

Wertet man den Ausgang der Wahl von parteipolitischen Gesichtspunkten, so kann man nur das Ergebnis der Landtagswahl zum Vergleich heranziehen, nicht aber das der vorjährigen Stadtverordnetenwahl. Zwischen beiden liegt die Spaltung der U. S. P., die selbstverständlich ihre Schwächung zur Folge haben mußte. Jetzt aber ist die Unabhängige Sozialdemokratie wieder im vorwärtsschreiten begriffen. Nicht nur in Klein-Berlin, sondern auch in einer ganzen Reihe von Vororten hat sie sich überaus wacker geschlagen. Ihr hat der Ansturm des Bürgertums keine Anhänger streifig machen können, so daß die Hoffnung berechtigt ist, daß, wenn die Arbeiterklasse Berlins aus ihrer Niederlage lernt, die Freude des Bürgertums über seinen Erfolg nicht lange andauern wird.

# Oberschlesiens Schicksal

## Neue Schwierigkeiten

Die Verhandlungen der Botschafterkonferenz scheinen doch nicht so glatt zu verlaufen, wie es nach dem am Sonnabend verbreiteten Meldungen den Anschein hatte. Wie aus den neueren Nachrichten hervorgeht, stehen sich zwei Auffassungen gegenüber. Frankreich will die politische Grenze in Oberschlesien sofort veröffentlichen, die Ausführung der wirtschaftlichen Vorschläge soll dann späteren Verhandlungen überlassen werden. England dagegen möchte die politischen und die wirtschaftlichen Fragen als ein Ganzes zum Abschluß bringen und ihre Ausführung erst dann vornehmen, wenn die Verständigung zwischen Deutschland und Polen über die künftige Wirtschaftsführung in Oberschlesien sichergestellt ist. In der englischen Presse erheben sich gewichtige Stimmen gegen den Botschafterbeschluss. Es wird dort vor allem darauf hingewiesen, daß die Entscheidung weder Deutschland noch Polen befriedigen könne, und daß auch die Lösung nicht den von der englischen Regierung im Obersten Rat bisher vertretenen Plänen entspreche. In der Pariser Presse ist man über die neue Verzögerung sehr ungehalten und man verlangt dort, daß Deutschland und Polen die Beschlüsse der Alliierten in ultimativer Form vorzulegen sollen. Es ist also wahrscheinlich, daß auch der heutige Tag die Entscheidung noch nicht bringen wird.

betreffe nur Polen und Deutschland, die in voller Unabhängigkeit entscheiden müßten. Die englischen Vertreter fragten deshalb, was die Alliierten tun könnten, wenn eine der beiden Parteien sich weigern würde, die in Genf anempfohlenen wirtschaftlichen Konventionen abzuschließen. Man schelte nach dieser Richtung in London hauptsächlich am guten Willen Polens zu zweifeln. Man frage ferner, ob denn eine Frage noch offen gelassen werden könne, die, wenn sie noch länger in der Schwebe bleibe, den Weltfrieden in Gefahr bringen würde. Von französischer Seite antwortete man hierauf: Gewiß nicht, man erkläre jedoch, daß die Genfer Vorschläge zwei Teile enthalten, die sich ergänzen, die aber voneinander unabhängig seien. Der eine betreffe die Grenzabstimmung und könne Polen und Deutschland aufgezwungen werden, der andere das provisorische wirtschaftliche Regime, das nur anempfohlen werden könnte, weiter nichts, da der Vertrag den alliierten Mächten nicht gestatte, einen Zwang zur Annahme auszuüben.

Aus diesem Grunde schlage man in den französischen Kreisen folgendes Verfahren vor: Man benachrichtige Berlin und Warschau formell über die neue Grenzlinie. Nach Artikel 88 Absatz 6 seien die polnischen und die deutschen Behörden verpflichtet, im Laufe eines Monats nach Ratifizierung die Verwaltung der zugesprochenen Gebiete zu übernehmen. Sei das geschehen, dann nehme die Befugnis der Interalliierten Oberkommission ein Ende. Es wäre dann wünschenswert, daß im Laufe dieses Monats Polen und Deutschland die vom Völkerbund anempfohlenen wirtschaftlichen Konventionen abschließen. Zu diesem Zwecke teile man ihnen die Vorschläge des Völkerbundes mit, und die Botschafterkonferenz verpflichte die beiden Regierungen, sofort Benollmächtigte zum Abschluß der für die Ausrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens notwendigen Abkommen zu ernennen. Warschau und Berlin sollten dann aufgefordert werden, auch ihre Delegierten für die gemischte Verwaltungskommission zu bestimmen und der Völkerbund seinerseits werde unverzüglich den Präsidenten neutraler Nationen für die Kommission ernennen. Mit einem Wort, man appelliere an die Weisheit der beiden Völker, damit sie nach gemeinsamem Uebereinkommen das Übergangsregime, das die neue Lage verlange, festlegten. Polen könnte sich dieser Verpflichtung nicht entziehen, da es nach Artikel 90 des Friedensvertrages die Verpflichtung übernommen habe, während der Dauer von 15 Jahren den Export von Rohenerzeugnissen der ihm übertragenen Gebiete nach Deutschland zu gestatten. Durch

## Differenzen im Botschafterrat

Paris, 16. Oktober.

In einem Bericht über die diplomatische Lage beschäftigt sich Savas mit den Einzelheiten, die in der gestrigen Sitzung der Botschafterkonferenz noch nicht geregelt wurden. Die Engländer vertreten den Standpunkt, daß die Lösung von Genf ein unteilbares Ganzes darstelle. Die Grenzziehung müsse notwendigerweise zu gleicher Zeit mit dem provisorischen Regime wirtschaftlicher Anpassung erfolgen. Wenn auch der Vertrag den Alliierten das Recht gebe, den beiden Staaten eine territoriale Trennung in Oberschlesien aufzuzwingen, so sei es ihnen nicht gestattet, diesen beiden Staaten diese oder jene politische oder wirtschaftliche Konvention aufzuzwingen. Der Abschluß eines derartigen Abkommens

die Lage der Dinge aber habe Deutschland ein Interesse daran, so wie vorgeschlagen, zu verfahren.

Von englischer Seite glaube man nicht, daß die wirtschaftlichen Abkommen innerhalb eines Monats geschlossen werden könnten. Aus diesem Grunde empfehle man, die Notifizierung der Grenze hinauszuschieben, um im vorzuziehen die deutsch-polnischen wirtschaftlichen Verhandlungen vorzunehmen. Am kommenden Montag werde der französische Justiziar Fromageot der Vorkonferenz seine Beschlüsse über die der polnischen und der deutschen Regierung zu machende Mitteilung vorlegen.

## Die dreizehn Punkte

London, 16. Oktober.

„Observer“ bringt eine Uebersicht über die Entscheidung des Obersten Rates in der oberschlesischen Frage, die morgen veröffentlicht werden soll. Das Reinergebnis der Lösung des Völkerbundes ist dem Ratte zufolge, daß die Hälfte des oberschlesischen Industriegebietes, das infolge seiner jahrhundertelangen Entwicklung unter deutscher Verwaltung einer der wichtigsten industriellen Mittelpunkte Europas geworden ist, und besonders das wirklich ertragreiche Industriegebiet Oberschlesiens Deutschland weggenommen und Polen gegeben wird. In der Hauptsache läuft die Lösung auf folgendes hinaus:

1. Politisch: Die neue Grenzlinie schneidet mitten durch das Industriegebiet. Sie ist festgelegt worden nur nach dem Grundsatz, eine Mindestzahl von Polen auf deutscher und eine Mindestzahl Deutscher auf polnischer Seite zu lassen.

2. Wirtschaftlich: Man habe versucht, der politischen Grenze die Bedeutung zu nehmen, indem man gewisse wirtschaftliche Maßnahmen auferlegte, die dazu bestimmt seien, den einheitlichen Charakter des Industriegebietes während eines Zeitraums von 15 Jahren zu wahren. Es werde die Schaffung einer gemischten Kommission von Deutschen und Polen vorgeschlagen, sofern beide Parteien dies wünschten, unter dem Vorsitz eines Völkerbundsvertreter. Diese Kommission solle die Besugnis haben, die praktischen Einzelheiten zur Durchführung des Planes auszuarbeiten. Der Kommission solle zur Seite stehen eine Reihe von gemischten Ausschüssen.

3. Bei der Frage der Eisenbahnen solle z. B. ein gemischter Ausschuss einen Plan zur Aufrechterhaltung des gesamten Eisenbahnnetzes sowohl auf deutscher wie auf polnischer Seite der Grenzlinie als gemeinsames System für das gesamte Industriegebiet ausarbeiten. Die Einnahmen aus den Eisenbahnen sollen nach der Länge der Schienenstrecke, sowie nach dem Umfang des Verkehrs in den verschiedenen Zonen verteilt werden.

4. Es sei klar, daß eine politische Grenze sofort eine Zollgrenze werde. Um diesen Einwand zu beheben, schlägt der Völkerbundsrat vor, daß zwei Uebergangsperioden geschaffen werden sollen, a) eine Periode von sechs Monaten und b) eine Periode von 14 1/2 Jahren, während deren die normalen Zollabgaben eingestellt werden sollen.

5. In der Periode von 6 Monaten soll beiden Staaten vollkommen gestattet sein, ihre Geschäfte zu organisieren, als ob die politische Grenze überhaupt nicht bestünde. Wenn beispielsweise ein besonderer Artikel, der nach Deutschland eingeführt werde, zur Verarbeitung in Oberschlesien nach einer Fabrik geschickt werden soll, die auf der polnischen Seite der neuen Grenzlinie liegt, so könne der Gegenstand die neue Grenze passieren, ohne daß dafür ein Zoll entrichtet werden müsse.

6. In der Periode von 14 1/2 Jahren sollen alle Kohlen, die aus der deutschen oder polnischen Zone kommen oder in einer dieser Zonen verbraucht werden sollen, die Grenze ohne Zoll hin und her passieren. Dergleichen können z. B. deutsche Waren, die in deutschen Fabriken, die in der neuen polnischen Zone liegen, fertiggestellt werden sollen, zollfrei ausgehen.

7. Die gemischte Kommission soll befugt sein, ein allgemeines Uebereinkommen zwischen Deutschland und Polen auszuarbeiten, das eine vollständige Ausfuhrfreiheit der Artikel vorzieht, die von den Industrien auf der jeweiligen anderen Seite der Grenzlinie benötigt werden. Eine besondere Klausel ist beigefügt, die es Deutschland nicht gestattet, auf Waren aus Polen Einfuhrzölle zu legen.

8. Während der Periode von 15 Jahren sei keinerlei Zwangsenteignung gestattet.

9. Die Deutschen, die auf der polnischen Seite der Grenze leben, haben während der 15 Jahre das Recht, für die deutsche Untertanenschaft zu stimmen.

10. Die deutsche Mark wird als gesetzliches Zahlungsmittel in der polnischen Zone anerkannt.

11. Die deutsche soziale Gesetzgebung bleibt in Kraft, bis die polnische Regierung allgemeine eigene Gesetze angedacht hat.

12. Die Wasserversorgung im ganzen Industriegebiet, auf jeden Fall soweit die bestehenden Systeme in Betracht kommen, bleibt in „dauernder internationaler Dienstbarkeit“.

13. Das augenblickliche System der elektrischen Kraftversorgung soll bestehen bleiben. Die Polen sollen jedoch nach einem Zeitraum von drei Jahren das Recht haben, eine der beiden Kraftstationen im Dreieck anzukaufen. Die Kraftstation, die für den Ankauf durch Polen in Betracht kommt, ist die von Chorzow, das auf polnischer Seite liegt, da die andere Kraftstation, nämlich die von Hindenburg, auf deutscher Seite liegt.

„Observer“ kann über den genauen Verlauf der vom Völkerbund vorgeschlagenen politischen Grenze in Oberschlesien keine Angaben machen, man könne jedoch sehr mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß neben Pleß und Anbnitz drei der wichtigsten industriellen Mittelpunkte, nämlich Kattowitz, Königshütte und Tarnowitz an Polen fallen werden. „Observer“ erklärt die Ausgliederung von Kattowitz und Königshütte, die bei der Abstimmung eine Mehrheit von 17 537 und 21 525 Stimmen zugunsten Deutschlands aufgewiesen hätten, sei der bei weitem ernsteste Punkt im Völkerbundsplan. Vor allem sei wichtig, daß Kattowitz der Eisenbahnmittelpunkt des südlichen Teiles des Industriegebietes sei. Die Hauptlinie Berlin-Kraakau gehe durch Kattowitz. Der südwestliche und westliche Teil des Bergwerkesgehörs gehöre Polen. Die Zinkgrube, die fast vollkommen im östlichen Teile des Industriegebietes liegt, von östlich Deutschen bis Antonienhütte und bis zum Lipinebogen, werde ebenfalls polnisch. „Observer“ weist darauf hin, daß, obgleich die deutschen Interessen bis zu einem gewissen Grade in dem oberschlesischen Gebiet, das man Deutschland jetzt wogegen, geschützt seien, der Zeitraum, in dem dies der Fall sei, nur 15 Jahre betrage. Darnach trete Polen in den Vollbesitz des Kapital, die Leitung und die gelehrten Arbeiter in den jetzt Polen zugesprochenen Gebieten seien vollkommen deutsch.

In einem Leitartikel schreibt der „Observer“, der Völkerbundsplan bedeute keine Lösung der oberschlesischen Frage. Durch den Völkerbund sei der Streit um Oberschlesien wieder an Deutschland und Polen zurückverwiesen worden, wenn die Lösung überhaupt dauernd sein sollte, denn ohne das Zusammenwirken Deutschlands und Polens könne der Völkerbundsplan kaum zur Durch-

führung gebracht werden. Die britische Regierung habe die Vorschläge des Völkerbundes angenommen. Sie war dazu verpflichtet, ein anderer Weg wäre nicht denkbar gewesen. Ein deutscher Korpsant oder Zeligowski würde nicht ein einziges Zeichen oder Wort der Entmutigung von Seiten Englands erhalten.

„New Statesman“ bezeichnet den Beschluß des Völkerbundes als unheilvoll hauptsächlich wegen der unermesslichen Wirkung, die er auf das Prestige des Völkerbundes haben werde. Der Völkerbund scheine ein neues Maß-Lothringen geschaffen zu haben. Wie könne man erwarten, daß Deutschland jetzt noch dem Völkerbund beitreten werde? Und ein Völkerbund ohne Deutschland sei eine Farce.

## Balfour über die Teilung

In einer Ansprache an die Vertreter der Londoner Presse erklärte Balfour, Mitglied des Rates des Völkerbundes, daß der Völkerbundsrat versucht habe, sein Bestes in der Lösung der oberschlesischen Frage zu tun. Es sei nicht wahr, daß seine Mitglieder von den Regierungen beeinflusst worden seien. Sie hätten eine unabhängige Entscheidung gefällt. Balfour führte weiter aus:

Der Friedensvertrag habe in nicht mißzuverstehenden Worten festgelegt, daß die Grundlage der Teilung Oberschlesiens soweit als möglich mit den Wünschen der Bevölkerung übereinstimmen müsse, daß jedoch die industriellen Verhältnisse in Betracht gezogen werden müßten. Der Friedensvertrag habe die Bevölkerung Oberschlesiens an die erste und die Industrie an die zweite Stelle gesetzt. Es könne kein Zweifel daran bestehen, daß der westliche Teil Oberschlesiens deutsch und der südöstliche Teil polnisch sei. Das Problem der Grenzsetzung sei sehr verwickelt gewesen, und man müßte einen Schnitt durch ein hochindustrielles Gebiet machen. So liege z. B. eine Kraftstation auf der einen Seite der Grenzlinie und die Mehrheit der Einwohner, die von dieser Kraftstation abhängen, befände sich auf der anderen Seite der Grenze; eine Wasser-versorgungsstelle liege auf der polnischen Seite und müsse von den Deutschen auf der anderen Seite benutzt werden. Balfour sagte, er sei sicher, daß es keinen Engländer geben würde, der in diesem Gebiete reist und nicht mit Bestürzung

### die Zerteilung dieses Gebietes

sieht, man würde wegen dieser Zerteilung sogar Entsetzen empfinden. Er sei der letzte, der in Abrede stelle, daß im Zusammenhang mit diesem Verfahren Angelegenheiten entstehen würden, vielleicht sogar ziemlich ernste, er glaube jedoch trotzdem, daß durch sorgfältige Anordnungen diese Angelegenheiten ungeheuer vermindert werden würden. Wenn die beiden Parteien gewillt seien, Klugheit und eigenes Interesse walten zu lassen, dann würden sie in der Lage sein, den Plan zu einem durchführbaren Vorhaben zu machen. Balfour wies darauf hin, daß auch das Industriegebiet von Tschchen scharf in zwei Teile geschnitten worden sei, und er habe erfahren, daß der dortige Plan gar nicht schlecht arbeite. Die Völker auf beiden Seiten der Grenze sähen dort ein, daß sie zusammenarbeiten müßten, und sie arbeiteten auch zusammen. Er hoffe, daß der Geist, der die Tschchensowaken und die Polen in Tschchen befehle, auch die Deutschen und die Polen in Oberschlesien erfüllen werde. Es könne getragt werden, ob es der Mühe wert sei, so sorgfältige Vorkehrungen zu treffen, durch die die wirtschaftlichen Interessen des Gebietes gewahrt werden könnten, und ob es nicht einfacher gewesen wäre, das zu tun, was die „großen Autoritäten“ wünschten, nämlich das Ganze

entweder den Polen im Osten oder den Deutschen im Westen

zu übergeben. Es beständen einleuchtende und zwingende Beweismomente zugunsten eines solchen Verfahrens. Er glaube jedoch nicht, daß man jemals in dieser Frage zu einer Uebereinkunft im Völkerbundsrate gelangt wäre, und zwar ebensowenig wie es im Obersten Rats der Fall war. Er wisse nicht, ob der Völkerbundsrat zugestimmt hätte, dem Grundgedanken der Bevölkerung in so scharfer Weise zu widersprechen. Von einem sei er jedoch überzeugt, daß, wenn der Rat beschließen hätte, daß das Gebiet entweder Polen oder Deutschland gehören müsse, niemals eine Uebereinkunft darüber erzielt worden wäre, wer bei diesem Verfahren der begünstigte Teil sein solle. Vom Standpunkte eines praktischen Staatsmannes aus gesehen, glaube er, daß die Erörterung dieser Frage im Völkerbundsrate ebenso erfolglos gewesen wäre, wenn man diese Politik verläßt hätte, wie sie erfolglos war, als der Oberste Rat sich damit befaßte. Der Völkerbundsrat habe einen ehrlichen Versuch unternommen, und der Plan, auf den man sich geeinigt hätte, würde eine schließliche, wenn nicht eine sofortige Lösung sichern.

Zum Schluß sprach Balfour die Hoffnung aus, daß das deutsche und polnische Volk erkennen würde, daß wenigstens ein erster Versuch unternommen worden sei, um die Bestimmungen des Friedensvertrages in fairer Weise und voll auszuführen. Er wisse genau, daß noch manche Angelegenheiten entstehen würden. Aber es sei doch Vorsorge getroffen worden, um die Minderheit nach beiden Seiten der Grenzlinie zu schützen. Der Völkerbundsrat erwarte keine Dankbarkeit für seine Arbeit, er hoffe jedoch, daß mit der Zeit in dem geteilten oberschlesischen Gebiet der Geist des Mißtrauens beseitigt werde.

## Um die Regierung

Heute findet eine Besprechung der Koalitionsparteien statt, die über Rücktritt oder Verbleiben der Regierung Wirth beraten wird. Wir haben schon gesagt, daß es nicht Sache der Fraktionsführer sein darf, in geheimen Konventionen die wichtigsten politischen Fragen zu entscheiden, sondern daß der Reichstag in voller Öffentlichkeit und ohne vor vollendete Tatsachen gestellt zu sein, seine Beschlüsse fassen muß.

Daß der Rücktritt der Regierung Wirth außenpolitisch schädlich wirken muß und innenpolitisch einen Sieg der Rechtsparteien bedeuten würde, ist klar. Das steht auch der „Vorwärts“, der schreibt:

Daraus geht hervor, daß die Sozialdemokratie eine Wendung des außenpolitischen Rades nicht mitmachen kann. Soll sie herbeigeführt werden, so müssen wir dafür sorgen, daß die Verantwortung für sie ausschließlich auf die Schultern derer fällt, die sie gewünscht haben. Ebenso kann die Sozialdemokratie auf keinen Fall einer Regierung angehören, die ihren innerpolitischen Kurs weiter nach rechts dreht. Lassen sich für eine Politik des verstärkten Schutzes der Republik und des sozialen Fortschritts neue zuverlässige Säulen (??) gewinnen, so kann uns das nur recht sein. Eine nach rückwärts gerichtete Entwicklung wird die Sozialdemokratie auf keinen Fall mitmachen. Und ebensovienig ist von ihr zu erwarten, daß sie sich an einer Steuerpolitik beteiligen wird, die es unternimmt, für die Heranziehung des Besitzes zu den Lasten des Reichs realistische Garantien zu bieten.

Auf keinen Fall soll man sich darauf verlassen, die Sozialdemokratie werde, wenn die Not offenbar werde, schon wieder einspringen. Wenn durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien eine Notlage geschaffen wird, dann mögen sie auch die Mittel der Abhilfe schaffen. Wenn sie ein künstliches Labrinth erzeugen, dann mögen sie auch den Ausweg finden. Wenn irgend jemand glauben sollte, die Sozialdemokratie als den Fudel behandelnd zu dürfen, der gehoriam apportiert, was andere mutwillig ins Wasser geworfen haben, dann hat er keine Rechnung nicht nur ohne den Wirth, sondern auch ohne die Sozialdemokratie gemacht.

Wie es heißt, haben die bürgerlichen Reichspolitiker zwar noch keine neue Reichstagsmehrheit, aber schon einen neuen Reichskanzler. Er heißt Wenauner, ist Oberbürgermeister von Köln, Vorsitzender des preussischen Staatsrats und politisch rechtsgerechter Zentrumsmanu.

Wir wollen diese Erklärungen festhalten und werden an sie erinnern, wenn es anders kommen sollte. Daß die Streifenmänner keine „zuverlässigen Säulen“ der Republik und des sozialen Fortschritts sind, ist im Ernst wohl unzweifelhaft. Die „breite Koalition“ würde in der Tat jene Rechtsdrehung bedeuten, die der „Vorwärts“ ablehnt. Wir möchten meinen, daß wohl auch die rechtssozialistische Führung das Malheur einsehen müßte, daß sie bereits durch das Scheitern mit der Deutschen Volkspartei angerichtet hat. Setzt sie es auch jetzt noch fort, dann ist der Sieg der Rechtsparteien über die Regierung Wirth gesichert.

## Donnerstag Reichstag

Der Vorkonferenzrat des Reichstags hielt heute vormittag 10 Uhr eine Sitzung ab. Von der Regierung wurde mitgeteilt, daß über Oberschlesien bis zur Stunde immer noch nicht amtliche Nachrichten vorliegen. Es sei auch nicht gewiß, wann solche Nachrichten der Regierung zugehen werden.

Vom Reichstagspräsidenten wurde vorgeschlagen, die Mitglieder des Reichstags auf alle Fälle am Donnerstag nach Berlin zu rufen. Es soll den Mitgliedern des Reichstags Gelegenheit gegeben werden, zur Situation Stellung zu nehmen. Von den Unabhängigen wurde gewünscht, daß der Reichstag so früh wie möglich zusammentritt, und wenn amtliche Mitteilungen über Oberschlesien nicht vorliegen, daß dann der Reichstag sich mit anderen dringenden Arbeiten beschäftigt. Der Vorkonferenzrat entschied sich in seiner Mehrheit für den Vorschlag des Reichstagspräsidenten.

Die Unabhängigen richteten die Frage an den Reichskanzler, ob die Pressemeldungen richtig wären, nach denen unter Umständen mit einem Rücktritt der Regierung vor dem Zusammentritt des Reichstags zu rechnen sei. Die Unabhängigen erklärten es für selbstverständlich, daß über die Frage eines etwaigen Rücktritts der Regierung nur der Reichstag entscheiden könne und nicht irgendwelche Parteikonventionen. Vom Reichskanzler Wirth wurde geantwortet, daß das Kabinett beschlossen habe, daß unter allen Umständen eine aktionsfähige Regierung im Amt sein müsse und daß die Frage einer eventuellen Demission der Regierung erst dann erörtert werden könnte, wenn amtliche Mitteilungen über die oberschlesische Frage vorliegen.

## Ausperrung im Zeitungsgewerbe?

### Eine Erklärung der Verlegerorganisation

Die Arbeiterschaft des Verlages Rudolf Mosse hatte außer den freien durch Beschluß der zentralen Tarifinstanzen des Buchdruckgewerbes bewilligten Zulagen eine weitere Forderung in Höhe von etwa 20 M. pro Woche gestellt. Der Verlag erklärte darauf, er könne kollektive Bewilligungen nur in Uebereinkunft mit seiner Organisation, als der mitverantwortlichen Trägerin der Tarifgemeinschaft, vornehmen. Dieser Organisation, dem Berliner Zeitungsvereiner, werde er die Angelegenheit kleinmüßig unterbreiten. Die Arbeiterschaft trat darauf am Sonnabend nachmittag in den Streik.

Damit droht ein Konflikt, der für die gesamte Berliner Arbeiterschaft große Bedeutung erlangen kann. Die Forderung der Arbeiter ist verständlich, denn jedermann weiß, daß auch die weitestgehenden Bewilligungen durch die Tarifinstanzen die wahnsinnige Steigerung der Kosten der Lebenshaltung leider nicht wettmachen können. Es ist auch noch nicht klar, ob das Unternehmertum berechtigt ist, sich in diesem Falle auf das formale Recht stützen und behaupten zu können, daß hier ein tarifwidriges Verhalten der Arbeiterschaft vorliege. Wir wollen über diese Vorgänge heute nur kurz referieren und den Entscheidungen der Buchdrucker selbst und ihrer Organisation in keiner Weise vorgreifen.

Die Organisation der Berliner Zeitungsvereiner aber verendet durch Wolffs Telegraphenbureau eine öffentliche Erklärung, in der sie sich mit der Firma Mosse solidarisch erklärt. In dieser Erklärung ist bereits vom Tarifbruch die Rede. Neben Phrasen vom Wiederaufbau Deutschlands enthält die Erklärung eine Wendung, worin diese Zeitungsvereiner bereits von „dem uns aufgezwungenen Kampfe“ sprechen. Das ist die Drohung mit der Ausperrung. Die Arbeiterschaft Berlins muß sich also auf einen gewaltigen Kampf gefaßt machen, denn das Unternehmertum ist brutal genug, um die Vorgänge bei Mosse zum Anlaß für einen Gewaltstreik zu nehmen.

## Eisenbahnergeneralstreik in Amerika

EE. New York, 17. Oktober.

Am 30. Oktober, 6 Uhr früh, wird auf den amerikanischen Eisenbahnen der Generalstreik beginnen. Die Streikleitung hat die Eisenbahnlinien in vier Gruppen geteilt. In der ersten Gruppe, die alle größeren Linien umfaßt, wird der Streik am 30. Oktober, in den anderen je einen Tag später eintreten. Präsident Harding ist bestrebt, den Konflikt zu schlichten. Er hat die Ansicht, die Führer der Gewerkschaften sofort zu sich zu rufen, um sie zum Bezicht auf den Streik, dessen Folgen für das Land unabsehbar sind, zu veranlassen.

### Neunzig Prozent der Angestellten für den Streik

New York, 16. Oktober (Neuter).

Wenn die Aufforderung zum Eisenbahnerstreik in vollem Umfang befolgt wird, so werden am 30. Oktober über eine halbe Million Eisenbahnangestellte in den Ausland treten, und am 2. November werden etwa zwei Millionen Angestellte infolge der vollständigen Einstellung des Eisenbahndienstes feiern. Wie gemeldet wird, haben über neunzig Prozent der Angestellten bereits für den Streik gestimmt. Während die Eisenbahngesellschaften in einer früheren Bekanntmachung eine zwölfsprozentige Lohnherabsetzung angekündigt hatten, haben sie gestern bekanntgegeben, daß noch weitere Herabsetzungen notwendig seien. Die Arbeiterführer erklären, daß dies der größte Streik in der Geschichte der Vereinigten Staaten sein werde. Andererseits erklärt der Präsident der Chicago Great Western Railroad, die Eisenbahnen würden trotz des Streikes imstande sein, ihren Dienst aufrechtzuerhalten, da das Publikum mit den Eisenbahnen nicht sympathisiert.

Kollet Hestli. Der Divisionsgeneral Kollert, der Vorsitzende der Interalliierten Militär-Kontrollkommission in Deutschland, der an Stelle des Divisionsgenerals Rivelle zum Mitglied des Obersten Kriegsrates ernannt wurde, behält seine gegenwärtige Tätigkeit bei.

# Die Einzelergebnisse der Wahl

## 1. Verwaltungsbezirk

Der Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte wies eine Wahlbeteiligung von 61 Proz. auf. Das Stimmverhältnis im gesamten Bezirk ist folgendes:

Wahlberechtigt 198 198, abgegebene Stimmen 122 251. Unabhängige 29 821, SPD. 23 633, KPD. 9880, Dem. 12 243, D. Bpt. 18 359, Dnt. 25 973, Wirtsch. B. 6912, Zentr. 5072, Dfsoz. 248.

1. Distrikt: Unabhängige 44 89, SPD. 6564, KPD. 1913, Dem. 3667, D. Bpt. 6296, Dnt. 8771, Wirtsch. B. 2094, Zentr. 1916, Dfsoz. 70.

2. Distrikt: Unabhängige 9590, SPD. 9056, KPD. 4693, Dem. 4169, D. Bpt. 4790, Dnt. 7925, Wirtsch. B. 2643, Zentr. 1326, Dfsoz. 121.

3. Distrikt: Unabhängige 6822, SPD. 8013, KPD. 3274, Dem. 4207, D. Bpt. 7273, Dnt. 9277, Wirtsch. B. 2175, Zentr. 1836, Dfsoz. 57.

## 2. Verwaltungsbezirk

Der zweite Verwaltungsbezirk Tiergarten weist vorwiegend bürgerliche Bevölkerung auf. Die Wahlbeteiligung betrug 60 Prozent. Das Wahlergebnis im Bezirke weist folgendes Bild auf:

Wahlberechtigt 195 408, abgegebene Stimmen 132 562. Unabhängige 21 755, SPD. 21 666, KPD. 9216, Dem. 11 322, D. Bpt. 22 440, Dnt. 31 750, Wirtsch. B. 6390, Zentr. 5336, Dfsoz. 667.

4. Distrikt: Unabhängige 4708, SPD. 6184, KPD. 1573, Dem. 4048, D. Bpt. 7598, Dnt. 12 010, Wirtsch. B. 2042, Zentr. 1654, Dfsoz. 69.

5. Distrikt: Unabhängige 4215, SPD. 5266, KPD. 1463, Dem. 4973, D. Bpt. 7393, Dnt. 8922, Wirtsch. B. 1791, Zentr. 1355, Dfsoz. 426.

6. Distrikt: Unabhängige 12 832, SPD. 10 236, KPD. 6178, Dem. 2501, D. Bpt. 7457, Dnt. 10 718, Wirtsch. B. 3057, Zentr. 2327, Dfsoz. 192.

## 3. Verwaltungsbezirk

Der proletarische Verwaltungsbezirk Wedding kann für die Beurteilung des Verhältnisses der Arbeiterparteien untereinander gewertet werden. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung betrug im gesamten Bezirk 66 Prozent. Die zahlenmäßigen Ergebnisse sind folgende:

Wahlberechtigt 229 961, abgegebene Stimmen 153 422. Es erhielten: Unabhängige 36 217, SPD. 30 958, KPD. 23 948, Dem. 5884, D. Bpt. 11 939, Dnt. 19 789, Zentr. 4623, Wirtsch. B. 5836, Dfsoz. 204.

7. Distrikt: Unabhängige 11 061, SPD. 8463, KPD. 5655, Dem. 1273, D. Bpt. 2569, Dnt. 5823, Zentr. 1808, Wirtsch. B. 1433, Dfsoz. 36.

8. Distrikt: Unabhängige 12 331, SPD. 7094, KPD. 5330, Dem. 1574, D. Bpt. 1471, Dnt. 4183, Zentr. 1110, Wirtsch. B. 1630, Dfsoz. 69.

9. Distrikt: Unabhängige 12 855, SPD. 7327, KPD. 5784, Dem. 1494, D. Bpt. 3056, Dnt. 4278, Zentr. 771, Wirtsch. B. 1374, Dfsoz. 34.

10. Distrikt: Unabhängige 13 978, SPD. 7469, KPD. 7179, Dem. 1537, D. Bpt. 2263, Dnt. 5605, Zentr. 934, Wirtsch. B. 1399, Dfsoz. 65.

## 4. Verwaltungsbezirk

Der Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg hat Bevölkerung aller Schichten, doch überwiegt die proletarische Einwohnerzahl. Die Wahlbeteiligung im gesamten Bezirk war durchschnittlich 61 Prozent. Das Stimmverhältnis ist folgendes:

Wahlberechtigt 216 690, abgegebene Stimmen 142 700. Unabhängige 32 338, SPD. 33 651, KPD. 15 235, Dem. 8850, D. Bpt. 15 772, Dnt. 21 298, Zentr. 5108, Dfsoz. 218.

11. Distrikt: Unabhängige 7914, SPD. 10 030, KPD. 4147, Dem. 3610, D. Bpt. 5239, Dnt. 7934, Wirtsch. B. 2284, Zentr. 1393, Dfsoz. 104.

12. Distrikt: Unabhängige 11 341, SPD. 10 640, KPD. 4882, Dem. 2116, D. Bpt. 4765, Dnt. 6949, Wirtsch. B. 2163, Zentr. 1643, Dfsoz. 32.

13. Distrikt: Unabhängige 8121, SPD. 7456, KPD. 3882, Dem. 1407, D. Bpt. 2907, Dnt. 1265, Wirtsch. B. 2722, Zentr. 810, Dfsoz. 33.

14. Distrikt: Unabhängige 4954, SPD. 5525, KPD. 2324, Dem. 1717, D. Bpt. 2861, Dnt. 5151, Wirtsch. B. 1363, Zentr. 1256, Dfsoz. 49.

## 5. Verwaltungsbezirk

Der Verwaltungsbezirk Friedrichshain hatte eine Wahlbeteiligung von 65 Prozent. Das Wahlergebnis zeigt folgendes Bild:

Wahlberechtigt 226 377, abgegebene Stimmen 147 336. Unabhängige 33 399, SPD. 29 680, KPD. 19 932, Dem. 7049, D. Bpt. 14 612, Dnt. 21 592, Wirtsch. B. 7708, Zentr. 5592, Dfsoz. 294.

15. Distrikt: Unabhängige 11 095, SPD. 8568, KPD. 5539, Dem. 2269, D. Bpt. 4419, Dnt. 6373, Wirtsch. B. 2780, Zentr. 1702, Dfsoz. 87.

16. Distrikt: Unabhängige 12 977, SPD. 10 994, KPD. 5733, Dem. 2332, D. Bpt. 4977, Dnt. 6692, Wirtsch. B. 2180, Zentr. 2028, Dfsoz. 78.

17. Distrikt: Unabhängige 15 327, SPD. 11 158, KPD. 8690, Dem. 2348, D. Bpt. 5236, Dnt. 8527, Wirtsch. B. 2816, Zentr. 1862, Dfsoz. 129.

## 6. Verwaltungsbezirk

Der Verwaltungsbezirk Hallesches Tor hat gemischte Bevölkerung, da zu ihm ein Teil der Friedrichstadt gehört. Die Wahlbeteiligung betrug 69 Proz. Das Stimmverhältnis war im Bezirk folgendes:

Wahlberechtigt 262 787, abgegebene Stimmen 183 257. Unabhängige 24 324, SPD. 43 398, KPD. 17 230, Dem. 12 862, D. Bpt. 27 743, Dnt. 32 725, Wirtsch. B. 8398, Zentr. 6448, Dfsoz. 266.

## 7. Verwaltungsbezirk

Der 7. Verwaltungsbezirk umfasst den Stadtteil Charlottenburg mit überwiegend bürgerlicher Bevölkerung. Abgegeben wurden 129 155 Stimmen. Es erhielten: Unabhängige 16 133, SPD. 21 792, KPD. 6762, Dem. 15 079, D. Bpt. 26 197, Dnt. 30 289, Wirtsch. B. 6010, Zentr. 4681, Dfsoz. 1441, ungültig 178.

## 8. Verwaltungsbezirk

Spandau. Endgültiges Ergebnis: Unabhängige 6253, SPD. 11 607, KPD. 2684, Dem. 3555, Dfsoz. 4951, Zentr. 1955, Dnt. 10 044.

## 9. Verwaltungsbezirk

Endgültiges Ergebnis: Unabhängige 4103, SPD. 9208, KPD. 1800, Dem. 9463, Dnt. 20 763, Dfsoz. 1104, D. Bpt. 17 403, Wirtsch. B. 2758, Zentr. 2110.

In Wilmersdorf, Schmargendorf und Grunewald wurden gewählt: Unabhängige 4915, SPD. 8055, KPD. 4567, Dem. 8347, D. Bpt. 15 508, Dnt. 20 062, Wirtsch. B. 3354, Zentr. 2345, Dfsoz. 1240. Zwei Bezirke stehen noch aus.

## 10. Verwaltungsbezirk

Im Verwaltungsbezirk Fehlbendorf wurden folgende Stimmen abgegeben: Unabhängige 1167, SPD. 2271, KPD. 405, Dem. 1110, D. Bpt. 6267, Dnt. 4470, Wirtsch. B. 883, Zentr. 589, Dfsoz. 14.

## 11. Verwaltungsbezirk

Der 11. Verwaltungsbezirk umfasst die Orte Schöneberg-Friedenau, die Domäne der Deutschen Nationalen. Trotzdem haben in diesem Bezirk die Arbeiterparteien gut ab-

geschnitten. Die Wahlbeteiligung im gesamten Bezirk betrug 64 Prozent. Das Stimmverhältnis ist folgendes:

Wahlberechtigt 155 904, abgegebene Stimmen 102 467. Unabhängige 9 316, SPD. 17 157, KPD. 4135, Dem. 11 305, D. Bpt. 20 738, Dnt. 27 055, Wirtsch. B. 4955, Zentr. 4047, Dfsoz. 2036, ungültig 135.

## 12. Verwaltungsbezirk

Der 12. Verwaltungsbezirk umfasst die Orte Steglitz, Pantow, Lichterfelde und Südbende. Das vorläufige Ergebnis ist folgendes: Abgegebene Stimmen: 75 031; Unabhängige 6219, S. P. D. 12 068, K. P. D. 2629, Demokraten 6026, Volkspartei 23 118, Deutschnationale 16 708, Wirtsch. Vereinig. 4009, Zentr. 2479, Dfsoz. 803.

## 13. Verwaltungsbezirk

Im Verwaltungsbezirk Tempelhof war die Wahlbeteiligung 90 Prozent. Das Wahlergebnis ist folgendes: Wahlberechtigte 39 491, abgegebene Stimmen 28 207. Unabhängige 4582, SPD. 6178, KPD. 1970, Dem. 2385, D. Bpt. 5620, Dnt. 4346, Wirtsch. B. 1597, Ver. niedersächs. Landespartei 1344, Zentr. 147.

## 14. Verwaltungsbezirk

Der Verwaltungsbezirk Neukölln mit vorwiegend proletarischer Bevölkerung hatte eine Wahlbeteiligung von 62 Prozent. Das Gesamtergebnis ist:

Wahlberechtigte 194 287, abgegebene Stimmen 128 120. Unabhängige 29 233, SPD. 34 070, KPD. 15 974, Dem. 5496, D. Bpt. 11 572, Dnt. 12 748, Wirtsch. B. 6911, Zentr. 3392, Dfsoz. 215.

In den einzelnen Orten wurde folgendermaßen gewählt: Neukölln. Unabhängige 27 450, SPD. 32 215, KPD. 14 798, Dem. 5293, D. Bpt. 10 377, Dnt. 11 314, Wirtsch. B. 6482, Zentr. 3247, Dfsoz. 212.

## 15. Verwaltungsbezirk

Der 15. Verwaltungsbezirk umfasst die Orte Adlershof, Alt-Glienide, Baumhulenweg, Johannisthal, Niederschöneweide, Oberschöneweide, Treptow. Auch hier ist die proletarische Bevölkerung vorwiegend. Stimmen wurden abgegeben: Unabhängige 8164, SPD. 9469, KPD. 5060, Dem. 3051, D. Bpt. 6335, Dnt. 4345, Wirtsch. B. 2059, Zentr. 2395, Dfsoz. 3, ungültig 107. Insgesamt gaben von 66 100 eingeschriebenen Wählern 39 956 ihre Stimme ab, also 60 Prozent.

Die Stimmen verteilten sich in den einzelnen Orten wie folgt: Adlershof: Unabhängige 1409, SPD. 1239, KPD. 987, Dem. 498, D. Bpt. 1006, Dnt. 480, Wirtsch. B. 160, Zentr. 111, ungültig 13. Alt-Glienide: Unabhängige 482, SPD. 551, KPD. 255, Dem. 206, D. Bpt. 364, Dnt. 311, Wirtsch. B. 109, Zentr. 12, ungültig 8.

Baumhulenweg: Unabhängige 1262, SPD. 1574, KPD. 439, Dem. 487, D. Bpt. 1154, Dnt. 705, Wirtsch. B. 350, Zentr. 121, ungültig 15.

Johannisthal: Unabhängige 576, SPD. 625, KPD. 270, Dem. 168, D. Bpt. 492, Dnt. 352, Wirtsch. B. 134, Zentr. 43, ungültig 8.

Niederschöneweide: Unabhängige 657, SPD. 1278, KPD. 509, Dem. 429, D. Bpt. 560, Dnt. 342, Wirtsch. B. 273, Zentr. 159, ungültig 9.

Oberschöneweide: Unabhängige 1931, SPD. 1902, KPD. 1822, Dem. 533, D. Bpt. 744, Dnt. 707, Wirtsch. B. 558, Zentr. 747, Dfsoz. 3, ungültig 18.

Treptow: Unabhängige 1837, SPD. 2500, KPD. 779, Dem. 730, D. Bpt. 1735, Dnt. 1448, Wirtsch. B. 473, Zentr. 292, ungültig 36.

## 16. Verwaltungsbezirk

Dem Verwaltungsbezirk Köpenick-Friedrichshagen-Kahnsdorf liegen folgende Resultate vor: Köpenick. Unabhängige 2279, SPD. 3689, KPD. 2148, Dem. 709, D. Bpt. 3170, Wirtsch. B. 898, Zentr. 401, Ordnungsblock „Los von Berlin“ 1078, ungültig 35.

Friedrichshagen. Unabhängige 933, SPD. 1802, KPD. 982, Dem. 499, D. Bpt. 1113, Wirtsch. B. 19, Zentr. 175, Ordnungsblock „Los von Berlin“ 231, ungültig 36.

Kahnsdorf. Unabhängige 158, SPD. 306, KPD. 128, Dem. 186, D. Bpt. 4, Wirtsch. B. 4, Zentr. 25, Ordnungsblock „Los von Berlin“ 613, ungültig 7.

Gesamtergebnis des 16. Verwaltungsbezirks: Unabhängige 3992, SPD. 6805, KPD. 3434, Dem. 1522, D. Bpt. 5011, Wirtsch. B. 1100, Zentr. 628, Ordnungsblock „Los von Berlin“ 4737, ungültig 94.

## 17. Verwaltungsbezirk

Der 17. Verwaltungsbezirk umfasst Lichtenberg-Stadt und Land mit vorwiegend proletarischer Bevölkerung. Die Wahlbeteiligung betrug 64 Prozent.

Das Stimmverhältnis ergibt folgendes Bild: Abgegebene Stimmen 77 021. Unabhängige 18 534, SPD. 16 964, KPD. 9816, Dem. 4210, D. Bpt. 10 504, Dnt. 10 510, Wirtsch. B. 5921, Zentr. 3007, Dfsoz. 33, ungültig 126.

Lichtenberg-Land. In den einzelnen Orten wurde folgendermaßen gewählt:

Biesdorf. Unabhängige 389, SPD. 424, KPD. 91, Dem. 128, D. Bpt. 204, Dnt. 374, Wirtsch. B. 115, Zentr. 49.

Karlshorst. Unabhängige 584, SPD. 1291, KPD. 354, Dem. 572, D. Bpt. 1908, Dnt. 1713, Wirtsch. B. 761, Zentr. 316, Dfsoz. 10.

Marzahn. Unabhängige 32, SPD. 48, KPD. 49, Dem. 5, D. Bpt. 35, Dnt. 141, Wirtsch. B. 22, Zentr. 1.

Kauzisdorf. Unabhängige 225, SPD. 643, KPD. 189, Dem. 135, D. Bpt. 284, Dnt. 361, Wirtsch. B. 225, Zentr. 20.

Friedrichsfelde. Unabhängige 763, SPD. 783, KPD. 815, Dem. 149, D. Bpt. 403, Dnt. 716, Wirtsch. B. 471, Zentr. 137.

Wahlsdorf. Unabhängige 279, SPD. 654, KPD. 289, Dem. 182, D. Bpt. 333, Dnt. 600, Wirtsch. B. 418, Zentr. 86, Dfsoz. 1.

In Weichenze wurde folgendermaßen gewählt: Unabhängige 4492, SPD. 3432, KPD. 1568, Dem. 559, Wirtsch. B. 831, Zentr. 802, D. Bpt. 2616, Dnt. 2676.

Wahlberechtigt 98 438, abgegebene Stimmen 25 039. Unabhängige 3382, SPD. 4791, KPD. 2172, Dem. 1944, D. Bpt. 5341, Dnt. 4754, Wirtsch. B. 1448, Zentr. 666, Dfsoz. 6.

## 18. Verwaltungsbezirk

Im Verwaltungsbezirk Weichenze war die Wahlbeteiligung nicht besonders gut. Stimmberechtigt 24776, abgegebene Stimmen 20 993, Unabhängige 5395, S. P. D. 3006, K. P. D. 2117, Demokraten 707, Volkspartei 3612, Deutschnationale 3612, Wirtsch. Vereinig. 1116, Zentrumspartei 911.

## 19. Verwaltungsbezirk

Der Verwaltungsbezirk Pantow weist eine Wahlbeteiligung von 64 Prozent auf. Die Stimmverteilung ist folgende: Wahlberechtigt 62 913, abgegebene Stimmen 42 319, Unabhängige 6216, S. P. D. 8158, K. P. D. 3586, Demokraten 3063, Volkspartei 8140, Deutschnationale 8578, Wirtsch. Vereinig. 2678, Zentrumspartei 1016.

## 20. Verwaltungsbezirk

Der Verwaltungsbezirk Reinickendorf Tegel, ein proletarischer Bezirk, hatte eine Wahlbeteiligung von 66 Prozent. Das Stimmverhältnis ist folgendes: Wahlberechtigte 58 815, abgegebene Stimmen 39 380. Unabhängige 8514, SPD. 7556, KPD. 5447, Dem. 1874, D. Bpt. 6816, Dnt. 5445, Wirtsch. B. 2628, Zentr. 1539.

# Bilder vom Wahltag

## Harter Stimmenkampf

Die Wahllokale waren am frühen Morgen von Stimmzetteln verteilt aller Parteien besetzt. Während die sozialistischen Parteien ihre Mitglieder mit dieser Aufgabe betrauten, hatten die bürgerlichen Parteien vielfach behagliche Kräfte für diese Arbeit herangezogen. Deutschnationale und Zentrum hatten in erster Linie Frauen mit dem Stimmzetteln beauftragt. Für die Linkspartei waren auch Schüler in großer Anzahl tätig, ein Beweis für die angelegliche politische Erziehung der Jugend durch die sozialistischen Parteien.

Die Wähler konnten sich meist des Ansturms der Zettelverteiler nicht erwehren. Um niemand zu kränken, nahmen sie alle Stimmzettel geduldig entgegen, obwohl sie den ihrer Wahl meist schon in der Tasche hatten. In den Wahlzellen sah es denn auch bald wüst aus, da dort meist die unbrauchbaren abgelegt wurden.

## Die Wahl in den Arbeitervierteln

Im Osten, Nordosten und Norden Berlins lecht das Wahlgeschäft zeitig ein. In der ersten Stunde war der Betrieb ziemlich reger, ließ dann aber bald nach. Bis gegen 12 Uhr hatten etwa 25 Prozent der Wähler ihre Wahlpflicht erfüllt. Erst nach 2 Uhr wurde es wieder lebhafter, um dann bis zum Schluss sich noch etwas zu steigern. Doch war auch in der letzten Stunde nirgendwo Andrang. Um 5 Uhr, als der Wahltag geschlossen wurde, waren überall die Wähler abgefertigt. Bei dem frühen Wahlschluss entschloß man sich auch überall sofort, die Auszählung der Stimmen vorzunehmen. Gegen 7 Uhr abends war auch das Zählgeschäft beendet und die Wahlvorstände konnten das Wahlprotokoll fertigstellen.

Alle Parteien hatten in der letzten Nacht noch gearbeitet, um ihre Wähler an die Urne zu bringen. Fast überall wurden nachts noch Plakate geklebt, so daß das Straßenbild am Sonntagmorgen völlig im Zeichen der Wahl stand. Äußere Genossen hatten trotz angelegter Arbeit in den letzten Tagen auch diese Nacht noch fleißig gearbeitet, so daß die Plakate unserer Partei, die der anderen Parteien bei weitem überlegen waren, in manchen Straßen der Stadt hatten unsere Genossen große Transparente über die Straße gespannt. Einige Distrikte hatten außer den vom Zentralpartei-Bureau gelieferten Plakate noch eine Anzahl anderer recht wirkungsvoller Plakate aus eigenen beschränkten Mitteln hergestellt und verbreitet.

## Der rote Bär

Der Bär als Stadtwappen war für viele Wahlplakate als Vorkurs benutzt worden. Manchmal wurde der Bär dabei überaus gerichtet. Nicht wenige wollten dem Bär eine neue Farbe geben. Einen lebendigen Bären in den Dienst der Wahlpropaganda zu stellen, blieb aber unseren Genossen im harten Kampf vorzuziehen. Sie führten am Sonntag vor ihrem Demonstrationszug einen lebenden Bären, dem sie eine rote Mütze aufgesetzt hatten. Dieser Zug erregte begreiflicherweise viel Aufsehen.

## Die Wahl im Westen Berlins

Im Westen der Stadt lecht das Wahlgeschäft recht schleppend ein. Bis um 9 Uhr früh der Wahltag erst richtig begann, waren zwar die Kistenführer, Zettelverteiler und sonstigen Wahlhelfer zur Stelle, aber man kann nicht gerade sagen, daß sie besonders viel zu tun gehabt hätten. Bedächtigen Schrittes gingen da und dort ein behäbiger Portier oder eine hochherzliche Dame über den Asphalt. Sonst freilich glänzte das Vorderhaus durch Abwesenheit. Um so zahlreicher wirkten die proletarischen Wähler und Wählerinnen, die in den Hinterhöfen der westlichen Wohnburgen ihre „Welle“ haben: Kleine Angestellte und Beamte, Schaffner und Fahrer von der Straßenbahn, Arbeiter, Chauffeure und dergleichen Leute, die gewöhnt sind, bald aufzuzulehen, weil Dienst und Pflicht es verlangen.

Es dauert nicht lange, und die Hinterhausparade ist zu Ende. Mit wichtiger Amtsmiene patrouilliert ein Schupo-Wächter vorbei, — sonst geschieht gar nichts. Der Himmel ist blau und das Wetter ist schön. Sonntagsstreit streben dem Grunewald zu. Ausflügler eilen zur Bahn. Im Zigarettenladen an der Ecke werden Weizen auf Frankreich angenommen und die Zettelverteiler langweilen sich.

Gegen Mittag belebt sich das Bild der Straße. Die Sonntagsreiter kommen aus dem Grunewald zurück. Automobile rasen hin und her. Das Vorderhaus hat ausgeschlafen. Die Herren Bankiers und Berliner mischen sich leistungsfähig unter das Volk. Auch ihre Damen haben die Güte. Wolken von Parfüm verwehen sich mit dem verhältnismäßig angenehmeren Ausdünstungen der Automobile. In den Kursteilungen Betrieb wie sonst (es gibt genug, die offen sind, trotz dem Streik noch andauert). Die Streikposten mit ihren roten Plakaten werden angefaßt wie fremde Tiere. Die Damen stellen ihre neuen Herbsttoiletten aus, die Herren ihre Damen. Zwischen durch wird groß geschrien. Wein, Muff, Tanz, denn nicht nur die Papierfabriken florieren, die großen Scheine fliegen nur so.

Nachher riecht man dann ein wenig ins Wahllokal hinein. Die Zettelverteiler der Linksparteien haben wenig Glück bei diesen Edlen. Mit vornehmer Geste winken sie ab. Deutschnational oder deutsch-volksparteilich ist ihre Parole. Sogar die fanatischen Demokraten sind zu wild für sie (von Ausnahmen abgesehen). Und dann wird groß gemittelt. Nach getaner Arbeit schmeckt es doppelt so gut.

In einer kleinen Seitenstraße liegt eine bescheidene Aneide, Wahlbüro der U. S. P. besetzt ein roter Zettel im Fenster. Hier wird nicht geküßt und nicht gemittelt, nicht groß und auch nicht klein, aber desto mehr geküßt. Seit Tagen geht das schon so, Plakate kleben, Flugblätter verteilen. . . . Versammlungen abhalten. . . . Schlepperdienst organisieren. Stimmzettel anbieten. . . . nichts macht sich von selbst. Doch die Sache will — da gibt es keine Müdigkeit. Jeder und Jede lechzt nach Kräfte und Können ein, und wenn der Westen dieser dort reaktionärer Profitgeier trotz allem und allem für den Sozialismus leinewegs verloren ist, so ist es zuerst und zuletzt das Verdienst dieser Treuen und Selbstlosen.

„Was verdienen Sie damit, daß Sie hier stehen?“ fragt ein eleganter Herr voll Ironie und Hochmut einen unserer Zettelverteiler am Wiltenbergplatz. „Ich würde verdienen, daß man vor mir anspricht, wenn ich einen Groschen dafür nähme,“ lautet die Antwort. „Aber erlauben Sie mal,“ meinte der andere, „jede Arbeit ist doch ihres Lohnes wert. Bei unserer Partei z. B. würden Sie sehr gut bezahlt werden.“ „Danke,“ kam es zurück, „ich bin doch kein Achtgrochenjunge des Kapitalismus!“ Die Zettelverteiler der Bürgerlichen machten ein etwas verlegenes Gesicht. Der elegante Herr verschwand von der Bildfläche.

Dieses kleine Erlebnis halten wir für wichtiger und wesentlicher, als selbst den größten politischen Erfolg, denn es beweist, daß ein neues Menschtum heranwächst, vor dem die alten Wertungen keinen Bestand haben.

## Gattenmord in Steglitz

Ihren Ehemann durch drei Revolverkugeln getötet hat Sonnabend die 42 Jahre alte Ehefrau Wanda Lehmann aus der Poststraße 1a in Steglitz. Frau Lehmann erschien selbst auf dem Postplatz Steglitz und teilte dort mit, daß sie vor mehreren Stunden ihren Ehemann erschossen habe und die Leiche in der Wohnung liege. Als Kriminalbeamte daraufhin nachsahen, fanden sie die Angaben der Frau bestätigt. Der 37 Jahre alte Mann, der Professor einer hiesigen Terrängesellschaft war, lag in einem Vorzimmer der im hohen Erdgeschoss gelegenen Wohnung auf dem Fußboden. Eine Kugel war ihm ins Herz gedrungen, die beiden anderen in den Kopf, davon eine in die Stirn, die andere in die rechte Kopfseite. Zwei Kugeln hatten eine Tür durchbohrt. Die Täterin, Frau Lehmann, gibt an, daß sie ihren Mann im Streit erschossen habe. Nach der ganzen Lage scheint es sich jedoch um einen planmäßigen Anschlag zu handeln. Auch die bisherigen Feststellungen und Zeugenerklärungen sprechen für diese Annahme. Wie ermittelt wurde, lebte das Ehepaar schon seit geraumer Zeit in Unfrieden. Beide

